

Werner Gumpel

# Russland, Afghanistan und der Nahe Osten – eine geopolitische Betrachtung

## ■ Innenpolitik

*Innenpolitisch* ist das Land durch den nach wie vor unvollendeten Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft geschwächt. Die Privatisierung der Wirtschaft hat dort weitgehend zu einer Machtübernahme durch kriminelle Strukturen geführt. Eine kleine Zahl sogenannter Oligarchen hat es verstanden, sich im Rahmen der Privatisierung einen sehr großen Teil des volkswirtschaftlichen Kapitals anzueignen und damit auch politische Macht und politischen Einfluss zu gewinnen. Dabei gibt es eine enge Verbindung zwischen neuen Kapitaleignern und organisierter Kriminalität, die in Russland gewöhnlich als „Mafia“ bezeichnet wird. Beide arbeiten jedoch nicht nur zusammen, sondern bekämpfen sich auch gegenseitig mittels Auftragsmorden und Entführungen. Eingeflochten in dieses Netz ist auch die Politik, wobei auch Politiker und Parlamentsabgeordnete, wenn sie den Wünschen dieser „Mafia“ nicht nachkommen, Opfer krimineller Machenschaften werden.<sup>1)</sup> Entsprechend entwickelt ist auch die Korruption, die Politik, Administration und Wirtschaft auf allen ihren Ebenen durchdrungen hat. Dies und Gesetzesinstabilität sowie überbordende Bürokratie, verbunden mit kleinteiligen Schikanen, machen das Land wenig attraktiv für ausländische Investoren, die jedoch dringend benötigt werden.

## ■ Wirtschaft

Die *wirtschaftliche Entwicklung*, ausgedrückt in Wachstumsraten, hat zwar in den vergangenen zwei

**Die Russländische Föderation unter ihrem Präsidenten Wladimir Putin steht seit dem Zusammenbruch der UdSSR unter einer Vielzahl schwieriger Herausforderungen, die zu bewältigen ihr bisher nicht gelungen ist. Die Supermacht Sowjetunion hat aufgehört zu existieren. Sie hat ein geostrategisches Vakuum hinterlassen, das in immer größerem Masse die Vereinigten Staaten von Amerika auszufüllen suchen. Damit hat Russland weltpolitisch an Einfluss und Bedeutung verloren. Im Hinblick auf die großen Konfliktherde der Welt – Afghanistan, Palästina, Irak – spielt es allenfalls eine Rolle von marginaler Bedeutung. Es ist Ziel und Bestreben des Präsidenten Putin, das Land wieder zu einem wichtigen weltpolitischen Faktor werden zu lassen. Dem stehen jedoch erhebliche Widerstände in einem äußerst komplizierten Umfeld entgegen, die sowohl innenpolitischer als auch außenpolitischer Natur sind. Sie sollen hier erörtert werden.**

- 1) Vgl. hierzu Werner Gumpel, „Armut, Kriminalität und Fremdenhaß – Rußlands alte Plage“, in: *Politische Studien*, 54. Jg. Heft 389, Mai-Juni 2003, S. 105–117.
- 2) Vgl. hierzu Ognian N. Hishow, „Russische Volkswirtschaft: Trotz Erholung noch kein vollwertiger Partner des Westens“, in: *Osteuropa-Wirtschaft*, 47. Jg., Heft 3/2002, S. 241–271.
- 3) Vgl. *Iswestija*, 3. 10. 2003.

Jahren eine Verbesserung erfahren,<sup>2)</sup> doch ist dies in erster Linie auf die hohen Weltmarktpreise für Erdöl und Erdgas zurückzuführen. 54,7 Prozent der russischen Exporte bestehen aus diesen beiden Gütern (2002). Sinkt deren Preis am Weltmarkt, wird dies auch fühlbare Auswirkungen auf die weitere Wirtschaftsentwicklung haben. Von der aber ist abhängig, ob und in welchem Maße es Russland gelingt, sich seine alte Stellung in der Weltpolitik zurückzuerobieren. Lenin hat einmal formuliert: „Politik ist der konzentrierte Ausdruck der Ökonomie.“ Dieser Satz beinhaltet ein ganzes Programm.

### ■ Armee

Auch im *militärischen Bereich* ist Russland nach dem Zusammenbruch der UdSSR hinter die Supermacht USA zurückgefallen, was nicht zuletzt wirtschaftliche Ursachen hat. Die Ausrüstung der Armee mit Waffen und Gerät lässt zu wünschen übrig, für die erforderlichen Übungen, beispielsweise der Luftwaffe, stehen viel zu wenig Mittel zur Verfügung, Offiziere und Soldaten werden schlecht bezahlt. Das Ergebnis ist eine zunehmende Disziplinlosigkeit in der Armee, ist der Diebstahl auch schwerer Waffen und ihr Verkauf in das Ausland, an die kriminellen Strukturen und sogar an die tschetschenischen Kämpfer, die damit dann russische Soldaten töten. Verschiedene der von Putin durchgeführten Reformen, die zu einer „qualitativ neuen Gestalt der russischen Streitkräfte“ führen sollen, haben den Unwillen der Armeeführung hervorgerufen, so die Reduzierung der Armee auf nunmehr eine Million Soldaten bis zum Jahr 2005 (1992 waren es noch 2,75 Millionen gewesen).<sup>3)</sup> Putin selbst sah sich dadurch einer zunehmenden Opposition im Bereich der Armeeführung gegenübergestellt. In diesem Zusammenhang kann von einem Machtkampf im Kreml gesprochen werden. Das zeigte sich u. a. deutlich an der im vergangenen Jahr in einem seriösen russischen Internetdienst verbreiteten Meldung aus „zuverlässigen Kreisen“, dass der Verteidigungsminister Iwanow durch den Oberkommandierenden der Kaukasusstreitkräfte, General Kwaschin, ersetzt worden sei, was sich aber nicht bestätigte.

Nach der zumindest teilweisen Entmachtung der Oligarchen drohte also ein weiterer der drei Pfeiler, auf denen Putins Macht beruhte, wegzubrechen. Die-

ser machte daraufhin einige der verfügbaren Reformen rückgängig (so die Dezentralisierung des Kommandos über die Atomwaffen), und räumte den Militärs wichtige Positionen in der Lenkungsstruktur des Landes ein. Die eigentliche Stütze Putins sind aber die Geheimdienste, die in allen Bereichen von Regierung, Verwaltung und Armee sowohl in der Zentrale als auch in den Regionen zahlreich vertreten sind. Opposition in den Medien wird systematisch beseitigt. Zwar genießt Putin große Popularität, laut Meinungsumfragen besitzt er das Vertrauen von mehr als 66 Prozent der Bevölkerung, doch die Tendenz zu einer neuen Diktatur, zumindest aber zu einer „gelenkten Demokratie“ ist unverkennbar. Vielleicht findet dies sogar die Zustimmung weiterer Kreise der Bevölkerung, die durch das im Lande herrschende Chaos zutiefst verunsichert ist.

## ■ Außenpolitik

Der Aktionsradius der russischen *Außenpolitik* wird nicht zuletzt von der innenpolitischen Schwäche determiniert. Zweifellos ist es klug, dass Putin versucht, das Land zwar an den Westen und vor allem an die USA anzunähern, sich aber nicht in die verschiedenen Kriegshandlungen der Amerikaner einbeziehen zu lassen. Russland hat aus den bitteren Erfahrungen des eigenen Afghanistankrieges gelernt. Die amerikanische Politik bedeutet jedoch für die Russländische Föderation eine echte Herausforderung, denn die USA benutzen den Kampf gegen die Taliban, um sich eine eigene Präsenz in *Zentralasien* aufzubauen. Sie haben das Einverständnis der Regierungen von Usbekistan, Kyrgystan und Tadschikistan zur Errichtung von Militärbasen im Hinterhof Russlands erkaufte. Sowohl *Kyrgystan* als auch *Usbekistan* haben sich mit einer langfristigen, also zeitlich unbegrenzten Anwesenheit amerikanischer Truppen im Lande einverstanden erklärt. So sind im kirgisischen Manas inzwischen 3000 amerikanische Soldaten mit 40 Flugzeugen stationiert. Kyrgystan soll als logistisches Zentrum der US-Truppen in der zentralasiatischen Region dienen. Dabei ist zu beachten, dass dieses Land eine längere Grenze zu China aufweist, so dass die US-Truppen hier einen direkten Kontakt zu dessen Westgrenze erhalten. Usbekistan ist zum wichtigsten strategischen Partner der USA geworden. Dort

- 4) Vgl. Esra Hatipoglu, „American Policy in Central Asia after the September 11 Events“, in: *Turkish Review of Eurasian Studies*, Annual 2002,2 (Istanbul), S. 104.
- 5) Vgl. hierzu [www.grani.ru](http://www.grani.ru), 12.1.2002 und *Moskauer Deutsche Zeitung* ([www.mdz-moskau.de](http://www.mdz-moskau.de)), 20. und 24.2.2003.
- 6) Vgl. Einzelheiten bei: [www.lenta.ru](http://www.lenta.ru), 24.2.2003. Zur Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft s. *Iswestija*, 11. 10. 2000 sowie *Iswestija*, 20. 2. 2003. Im September 2003 wurde ein weiterer Vertrag über einen „Einheitlichen Wirtschaftsraum“ unterzeichnet. Er soll die Staaten Russland, Weißrussland, Ukraine und Kasachstan umfassen. Vgl. [Grani.Ru](http://Grani.Ru), 19.9.2003.
- 7) Vgl. *Iswestija*, 12.10.2000.

befinden sich mehrere amerikanische Stützpunkte, was nicht verwunderlich ist, denn dieses Land verfügt über die beste militärische Infrastruktur in der Region. Bekanntlich wurde das usbekische Territorium von den Sowjets Ende der siebziger Jahre als Sprungbrett für die Invasion Afghanistans benutzt.<sup>4)</sup> Der Wert Tadschikistans besteht u. a. in seiner ca. 1500 km langen Grenze mit Afghanistan, das ist die längste der drei zentralasiatischen Staaten, die an dieses Land grenzen.

Auch um *Turkmenistan*, das schon vor einigen Jahren seine Neutralität erklärt hat, bemühen sich die USA, bisher allerdings ohne den gewünschten Erfolg. Washington hat allerdings seinen Wunsch nach mehr Einfluss auf die turkmenische Regierung nicht aufgegeben. Schließlich verfügt dieses Land über die größten Erdgasvorräte der Region.<sup>5)</sup> Auf der anderen Seite verweigert sich Turkmenistan aber auch der von Russland im Oktober 2000 initiierten *Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft* und dem *Vertrag über Kollektive Sicherheit*. Der *Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft*, deren Ziel ein einheitlicher Wirtschaftsraum ihrer Mitgliedstaaten mit gemeinsamer Währung ist, gehören Russland, die Ukraine, Belarus (Weißrussland), Kasachstan, Kyrgystan und Tadschikistan an,<sup>6)</sup> dem *Vertrag über Kollektive Sicherheit* neben Russland Armenien, Belarus, Kasachstan, Kyrgystan und Tadschikistan. Mitglieder des 1992 unterzeichneten Sicherheitspaktes waren zunächst auch Aserbaidschan, Georgien und Usbekistan. Sie traten jedoch 1999 aus dieser Vereinigung aus und gründeten eine eigene Organisation, GUUAM genannt, deren Mitglieder Georgien, die Ukraine, Usbekistan, Aserbaidschan und Moldova sind.<sup>7)</sup> Wirtschaftliche Organisationen, wie Zollunionen usw. sind allerdings bisher schon öfter auf dem Territorium der GUS gegründet worden, funktioniert hat bisher keine. Die neueste Schöpfung in diesem Bereich ist der „Einheitliche Wirtschaftsraum“, der die Russische Föderation, Weißrussland, die Ukraine und Kasachstan umfassen soll, die im Bereich des Handels besonders stark miteinander verflochten sind. Alles deutet darauf hin, dass auch diese Gemeinschaft an den gegensätzlichen Interessen der Partner scheitern wird.

Die USA begnügen sich in ihrem Streben nach Einflussnahme in der Region nicht mit der Errichtung

von Militärbasen, sie versuchen auch auf die Außen- und Außenhandelspolitik der zentralasiatischen Staaten Einfluss zu nehmen. So wurde Kasachstan, als es mit dem Iran über die tägliche Lieferung von 200000 Barrel Öl verhandelte, von der amerikanischen Regierung gewarnt, langfristige Verträge mit diesem Land abzuschließen.<sup>8)</sup>

Den *Vertrag über Kollektive Sicherheit* benutzt Russland, um angesichts der amerikanischen Aktivitäten in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion mit militärischen Basen präsent zu bleiben und die eigene Präsenz auszubauen. Dies ist in besonders starkem Maße in Tadschikistan, in Kasachstan und in Kyrgystan der Fall. Im vergangenen Jahr, und in Fortsetzung in diesem Jahr, wurden geschlossene Militärbasen wieder eröffnet und modernisiert, so erst kürzlich der Luftwaffenstützpunkt im kirgisischen Kant, der als das „bedeutendste strategische Militärprojekt Moskaus außerhalb Russlands seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion“ bezeichnet wird.<sup>9)</sup>

Die Anwesenheit russischer Truppen auf dem Territorium der GUS-Staaten verläuft allerdings nicht reibungslos, nicht zuletzt wegen des offen zur Schau gestellten russischen Vormachtstrebens. So basiert die Anwesenheit russischer Truppen in *Tadschikistan* auf einem Abkommen von 1993, das im Mai 2003 ausgelaufen ist. Wegen der herrschenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden beteiligten Staaten wurde es bisher nicht erneuert. Vielmehr wird von tadschikischer Seite die Frage nach einem Abzug der russischen Truppen erhoben, zumal die Russen diesen Vertrag sowie eine Vielzahl von anderen mit der tadschikischen Regierung abgeschlossenen Verträgen missachten. Das betrifft auch die Teilnahme russischer Truppen an der Bewachung der Grenze zu Afghanistan, wo der Rauschgiftsmuggel seit dem Sturz des alten Regimes stark zugenommen hat, wo Russland aber auch über die Möglichkeit verfügt, nachrichtendienstliche Kontakte und andere Möglichkeiten der Einflussnahme in Afghanistan zu pflegen, das nach wie vor für Russland von Interesse ist.<sup>10)</sup> Die russische Seite hat unmissverständlich kundgetan, dass sie nicht daran denkt, Tadschikistan zu verlassen. Sie baut im Gegenteil die vorhandenen Stützpunkte aus.<sup>11)</sup>

8) [www.Centran.ru](http://www.Centran.ru), 8. 9. 2003.

9) Vgl. *Moskauer Deutsche Zeitung* Online, 14.8.2003.

10) Vgl. [www.Centran.ru](http://www.Centran.ru), 30.9.2003.

11) Vgl. [www.lenta.ru](http://www.lenta.ru), 16.5.2002 sowie *Iswestija*, 15.8.2002 und 13.8.2003.

Die Russländische Föderation versucht also ihren politischen, militärischen und wirtschaftlichen Einfluss in Zentralasien als Antwort auf die amerikanischen Aktivitäten in diesem Raum wiederherzustellen und auszubauen, wobei sich allerdings *Turkmenistan* dem bisher entgegenstellt und teilweise sogar, wie in der Frage der doppelten Staatsbürgerschaft, die offene Konfrontation mit Russland sucht. Auch auf dem Kaspischen Meer zeigt Russland mit groß angelegten Flottenmanövern Flagge. Gleichzeitig bemüht sich Putin intensiv um ein gutes Verhältnis zu Aserbaidschan, das wegen seiner Grenze zum Iran für Russland von Bedeutung ist. Die russische Unterstützung für Armenien im Bergkarabach-Konflikt und die russische Aufrüstung Armeniens hatte die Beziehungen der beiden Staaten bisher stark belastet.

Die russischen Bemühungen werden allerdings erschwert durch die Gegensätze zwischen den ehemaligen Sowjetrepubliken, die teilweise kriegerischen Charakter annehmen. Auf die Auseinandersetzungen zwischen Aserbaidschan und Armenien wurde bereits hingewiesen. Hier herrscht zwar zur Zeit Waffenstillstand, noch immer aber sind 20 Prozent des aserbaidchanischen Territoriums von armenischen Truppen besetzt. Brisant sind auch die Beziehungen zwischen Usbekistan und Turkmenistan. Der Alltag an der usbekisch-turkmenischen Grenze ist charakterisiert durch neue Minenfelder, Truppenkonzentrationen und Manöver. Dabei war diese Grenze einst eine der ruhigsten in der Region. Ursache hierfür ist weniger die Konkurrenz um die vorhandenen Rohstoff-Ressourcen und die damit verbundenen Aktivitäten auf fremden Märkten (Usbekistan verfügt nicht über größere Vorkommen), als vielmehr die veränderte geopolitische Lage und insbesondere die geringen Wasserressourcen dieser Wüstenregion, die, wie die *Moskauer Deutsche Zeitung* bemerkt,<sup>12)</sup> einen bewaffneten Konflikt auslösen können. So hat Usbekistan beispielweise den Karschinski-Kanal, der beide Staaten mit Wasser versorgt, unter seine Kontrolle gebracht, obwohl er über turkmenisches Territorium verläuft, wo ein großer Teil des Wassers abgepumpt wird. Auch kommt es in Usbekistan und Kirgystan immer wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Regierungstruppen und aus Tadschikistan

12) Vgl. [www.mdz-moskau.de](http://www.mdz-moskau.de),  
20.2.2003.

eingedrungenen Kämpfern der islamischen Bewegung Usbekistans. Von einer wirklichen Stabilität der Region kann daher nicht gesprochen werden.

### ■ Exodus der Russen

Erschwert werden die russischen Bemühungen um Wiederherstellung des alten Einflusses im asiatischen Teil der GUS durch die *Abwanderung der russischen Bevölkerung*. Aus den meisten zentralasiatischen Staaten wird ein regelrechter Exodus der russischen Bevölkerung gemeldet, bei aber insgesamt abnehmender Bevölkerungszahl Russlands und der anderen slawischen Nachfolgestaaten der UdSSR. Im Jahr 2050 wird Russland trotz Zuwanderung aus den ehemaligen Sowjetrepubliken nur noch 119,1 Millionen Einwohner haben; im Jahr 2002 waren es noch 145,5 Millionen gewesen). Die Bevölkerung in den unabhängig gewordenen zentralasiatischen und kaukasischen Republiken wächst dagegen eklatant mit Raten von 41 Prozent in Kyrgystan bis zu 53 Prozent in Tadschikistan.<sup>13)</sup> Diese Entwicklung war schon zu Sowjetzeiten ein Albtraum der Russen. Politisch wird sie langfristig zu einer Verlagerung der Gewichte in der Region führen.

13) [www.grani.ru](http://www.grani.ru), 22.7.2003.

14) Vgl. *Iswestija*, 15.3.2003, 14.8.2003 und 20.9.2003.

Aber auch der *Ferne Osten* Russlands entleert sich zunehmend. Dort ist die Bevölkerung von 1989 bis 2002 um 15 Prozent gesunken, und die Abwanderung setzt sich fort. Sachalin hat seit 1991 sogar 25 Prozent seiner Bevölkerung verloren. Wo aber die Russen gehen, stoßen die Chinesen nach. Die Lage ist dermaßen ernst, dass Präsident Putin persönlich Maßnahmen befohlen hat, die die Abwanderung stoppen sollen. Gelingt dies nicht, wird geschehen, was die Zeitung *Iswestija* befürchtet: „In einigen Jahrzehnten wird die Ostgrenze Russlands am Ural verlaufen.“<sup>14)</sup> Der asiatische Teil der ehemaligen Sowjetunion wird also zunehmend entrussifiziert. Dies erschwert zweifellos die Wiederherstellung der alten weltpolitischen Machtposition Russlands.

### ■ Das Kaukasusproblem

Kompliziert ist die Situation Russlands auch an seinen *Südgrenzen*, denn auch hier versuchen die USA Fuß zu fassen. Das findet besonderen Ausdruck in der Kaukasus-Problematik. Das Streben der USA nach Zugriff auf die Erdölressourcen des *Kaspischen*

15) Vgl. *Iswestija*, 11.3.2002.

16) Vgl. hierzu Werner Gumpel, „Ordnungsfaktor in unsicherem Umfeld. Die Regionalmacht Türkei und ihre Nachbarn“, in: *Internationale Politik*, 55. Jg., Nr. 11/2000, S. 21–28.

17) [www.kavkazcenter.net](http://www.kavkazcenter.net), 18.8.2003.

*Meeres* führt zu verstärkten Aktivitäten in diesem Raum und in *Georgien*. Die russische Zeitung *Iswestija* bezeichnete die USA bereits sarkastisch als die „sechste kaspische Macht“.<sup>15)</sup> Georgien, das Transitland für die Rohrleitung von Baku nach Ceyhan am Mittelmeer ist, wird immer stärker amerikanischem Einfluss unterworfen, wobei die Türkei als wichtigster Partner der USA in der Region behilflich ist.<sup>16)</sup> Die USA bilden georgische Soldaten und Polizisten aus und beliefern das Land mit Kriegsmaterial. Georgien ist allerdings politisch instabil, denn es ist in drei Landesteilen den Gefahren separatistischer Bestrebungen ausgesetzt: Abchasien, in dem über mehrere Jahre ein grausamer Bürgerkrieg mit mehr als 6000 Toten allein auf georgischer Seite und dreihunderttausend Vertriebenen stattgefunden hat,<sup>17)</sup> und Südossetien wollen aus dem Staat ausscheren und haben offiziell den Anschluss an Russland beantragt. Auch die Region Adscharien an der türkischen Grenze ist von separatistischen Bestrebungen gekennzeichnet. Sie werden ebenso wie in den beiden anderen Regionen von Russland zur Rückgewinnung des eigenen Einflusses genutzt. Russland nutzt zudem die schlechte wirtschaftliche Lage Georgiens und dessen hohe Verschuldung bei russischen Energiekonzernen, um Einfluss zu gewinnen und die Amerikaner zurückzudrängen. Der Ausgang des Spiels zwischen den großen Staaten ist offen.

Die russische Position wird erschwert durch die *Unruheherde in den zur Russischen Föderation gehörenden Teilrepubliken des Kaukasus*. Der Krieg in Tschetschenien wird immer mehr zu einem Verschleißkrieg, dessen Ende nicht absehbar ist. Die russische Behauptung, dass eine Befriedung in Sicht sei, ist nicht haltbar. Das Gegenteil ist der Fall: Die kriegerischen Auseinandersetzungen nehmen zu. Dieser Krieg führt nicht nur zu einer Demoralisierung der dort eingesetzten Kampfeinheiten von Armee, FSB und Innenministerium, sondern verbraucht auch umfangreiche Ressourcen, die für den wirtschaftlichen Aufbau dringend erforderlich wären. Er erfasst auch in immer stärkerem Masse die Nachbarrepubliken Tschetscheniens, wie Dagestan und Inguschetien, aber auch Nordossetien und Karatschai-Tscherkessien. In Hinblick auf die im Lande durchgeführten Terrorakte nimmt Dagestan eine führende Position

ein. Der russische Präsident Putin hat zwar erreicht, dass die tschetschenischen Kämpfer und verschiedene andere Organisationen von den USA auf die Liste der terroristischen Organisationen gesetzt wurden und Russland dadurch freie Hand bei deren Bekämpfung mit buchstäblich allen Mitteln hat, das ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass das Land durch die gegebene Situation im Kampf um die Beherrschung des Kaukasus erheblichen Restriktionen unterworfen ist.

### ■ Mitspieler im Süden: Die Türkei

In Hinblick auf die amerikanischen Aktivitäten im Kaukasus, ebenso wie im Nahen Osten, kommt der *Türkei* große Bedeutung zu, die an dieser Region ebenso wie an Zentralasien ähnlich den USA ein essentielles Interesse hat und dementsprechend eng mit diesen kooperiert. Von der amerikanischen Militärbasis in Incirlik aus überwachen amerikanische Flugzeuge nicht nur den Irak und Teile des Iran, sondern auch verschiedene Regionen des Kaukasus. Russland behauptet, dass auch von georgischem Boden aus amerikanische Spionageflugzeuge aufsteigen. Auch hier zeigt sich die alte Rivalität zwischen den USA und Russland, gemildert durch den von beiden Seiten geführten „Kampf gegen den Terrorismus“.

Georgien erweist sich für Russland als territoriale Sperre auf dem Weg in den „Schurkenstaat“ *Iran*. Dort hat Russland mindestens seit dem 18. Jahrhundert vitale Interessen, was heute auch in der russischen Unterstützung bei der Entwicklung des iranischen Nuklearprogramms seinen Ausdruck findet, an der Putin trotz amerikanischer Proteste festhält.<sup>18)</sup> Die amerikanischen Aktivitäten in diesem Land können die russische Regierung daher nicht unbeeindruckt lassen und fordern Gegenmaßnahmen geradezu heraus.

Mit Aufmerksamkeit und Misstrauen verfolgt man in Russland die *türkischen Aktivitäten* in den *Türkepubliken* der GUS und der Russländischen Föderation. Die Türkei hat mit allen von ihnen die politische, militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit ausgebaut und durch Verträge abgesichert und ist auf allen diesen Gebieten erfolgreich präsent. Dass sie damit nicht allein eigene Interessen vertritt, sondern eng mit den USA kooperiert, dürfte klar sein.<sup>19)</sup> Bei Span-

18) [www.rense.com](http://www.rense.com), 23.6.2003.

19) Vgl. z. B. *Turkish Daily News Online*, 2.3.2002.

- 20) Vgl. *Middle East Newsline* (www.menewslines.com) 23.8.2001.
- 21) *Zentralno-Asiatskije Novosti* (www.centran.ru), 21.7.2003.
- 22) Vgl. hierzu *Turkish Daily News Online*, 28.8.2003 und 2.10.2003.
- 23) *Turkish Daily News Online*, 8.10.2003. Die Türkei wird als Gegenleistung amerikanische Kredite in Höhe von 8,5 Milliarden Dollar erhalten. Außerdem wollen die USA gemeinsam mit den Türken gegen die im Norden Iraks aktive KADEK, die Nachfolgeorganisation der kurdischen PKK, vorgehen. – In Meinungsumfragen haben sich 60 Prozent der türkischen Bevölkerung gegen die Truppenentsendung ausgesprochen.

nungen zwischen den Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres und dem Iran hat sich die Türkei bisher demonstrativ auf die Seite der Turkvölker gestellt, wie im August 2001 im Fall Aserbaidschans geschehen – zweifellos durchaus zum Gefallen der USA.<sup>20)</sup> Auch mit *Armenien*, dem wichtigsten Bündnispartner der Russen im Kaukasus, wurden die Beziehungen aus wirtschaftlichen und politischen Gründen verbessert (das bestehende Embargo wurde aufgehoben). Das befreundete Baku erhob deswegen gegen Ankara den Vorwurf des Verrats.<sup>21)</sup> Für eine Normalisierung der diplomatischen Beziehungen fordert die Türkei allerdings die volle Anerkennung der im Vertrag von Kars im Jahr 1921 festgelegten türkischen Grenzen durch Erewan, und damit den Verzicht auf Gebietsansprüche gegenüber der Türkei, den Rückzug der armenischen Truppen von aserbaidschanischem Territorium und die Einstellung der Genozid-Beschuldigung durch die Armenier.<sup>22)</sup> Unter den gegenwärtigen Umständen ist kaum vorstellbar, dass die Armenier, die auch einen militärischen Beistandspakt mit dem NATO-Land Griechenland unterzeichnet haben, auf diese Forderungen eingehen werden. Da die Türkei, die den armenischen Staat nach dessen Unabhängigkeit im Jahr 1990 als eines der ersten Länder diplomatisch anerkannt hatte, essenziell an einer Stabilisierung der Lage im Kaukasus interessiert ist, wird sie bemüht sein, den begonnenen Dialog mit Erewan fortzusetzen und Zeichen des guten Willens, z.B. durch die Öffnung von Grenzübergängen, zu setzen. Dies entspricht auch den Wünschen der Vereinigten Staaten von Amerika, wo die armenische Diaspora über eine effiziente Lobby verfügt. Die politische Lage in der Region ist wirklich außerordentlich kompliziert.

Für die Vereinigten Staaten ist die *Türkei* wegen ihrer gemeinsamen Grenzen mit dem Iran und dem Irak von Interesse. Wurde den USA der Einmarsch in den Irak von türkischem Territorium aus verwehrt, so sind das türkische Parlament und die türkische Regierung nun unter starkem amerikanischem Druck bereit, ein Truppenkontingent von bis zu 10000 Soldaten zunächst für ein Jahr in den Irak zu entsenden.<sup>23)</sup> In Hinblick auf einen eventuellen Krieg gegen den *Iran* wächst die strategische Bedeutung der Türkei für die USA. Die Benutzung türkischen Territori-

ums für einen Angriff auf dieses Land würde sich aber sehr wahrscheinlich negativ auf die derzeit recht guten türkisch-russischen Beziehungen auswirken. Sie haben sich nach Vorwürfen, die Türkei unterstütze die tschetschenischen Widerstandskämpfer, erheblich verbessert. Auch pflegt die Türkei zum Missfallen der USA zum Iran nach wie vor relativ gute Beziehungen, was in einem umfangreichen Erdgasgeschäft sowie in dem iranischen Vorschlag, der Iran und die Türkei sollten beim Krisenmanagement und bei der wirtschaftlichen Entwicklung im Kaukasus zusammenarbeiten, zum Ausdruck kommt.<sup>24)</sup> Die Türkei versucht daher im Nahen Osten, eine von den USA und Russland unabhängige Politik zu verfolgen und die eigene Stellung in der Region auszubauen.

Dies ist auch das Motiv der intensiven Kooperation mit *Israel*, die von den Nachbarn der Türkei, also auch Russland, recht kritisch gesehen wird. Sie reicht von gemeinsamen strategischen Studiengruppen über den Austausch von Geheimdienstinformationen bis zur Kooperation im Bereich der Rüstungsindustrie und zu gemeinsamen Manövern, an denen auch die USA beteiligt sind.<sup>25)</sup> Das sechste Jahresmanöver dieser Art fand vom 11. bis 15. August 2003 statt. Auch üben israelische Militärflugzeuge regelmäßig über dem Territorium der Türkei. Darüber hinaus wird die Türkei in Zukunft jährlich 50 Millionen Kubikmeter Wasser aus dem Manavgat an Israel liefern und damit fünf Prozent des israelischen Wasserbedarfs decken.<sup>26)</sup> Auch dieses Geschäft dient der Präsenz und der Einflussnahme in der Region des Nahen Ostens – ein Gesichtspunkt, der in bisherigen Analysen kaum Beachtung gefunden hat. Die relativ gute Ausstattung der Türkei mit Wasser-Ressourcen und ihre Kontrolle über die Flüsse Euphrat und Tigris erhöht deren geopolitische Bedeutung in der gesamten Nahostregion, denn die dort herrschende Wasserknappheit ist nicht auf Israel beschränkt, sondern betrifft auch Syrien, Jordanien und Irak sowie die Staaten der arabischen Halbinsel. Dies wird die politische und wirtschaftliche Stellung der Türkei in der gesamten Region stärken.<sup>27)</sup>

Das hier aufgezeigte Puzzle von geopolitischen Interessen, Strategien und Entwicklungen in und rund um Russland, das sich zunehmend eingekreist fühlt (schließlich verschieben die USA und die NATO

24) Vgl. *Turkish Daily News* Online, 27.8.2003.

25) Vgl. hierzu Alon Liel, „Israel und die Türkei. Eine besondere Beziehung“, in: *Internationale Politik*, 55. Jg., Nr. 11/2000, S. 31–35.

26) Vgl. *Turkish Daily News* Online, 27.8.2003.

27) Vgl. hierzu Ülke Aribogan, „Revisioning Turkey’s Geopolitics: The Determinants of Continuity and Change“, in: *Turkish Review of Eurasian Studies*, Annual 2002,2, S. 5–21, insbes. S. 19.

ihre bisher in Großbritannien, Deutschland und Italien positionierten Militärbasen immer weiter nach Osten, nämlich nach Polen, Rumänien, Bulgarien und Ungarn), zeigt, dass die seit dem 11. September 2001 eingetretenen weltpolitischen Entwicklungen die Welt nicht nur weniger sicher gemacht, sondern sie auch destabilisiert haben. Russland begegnet dem mit dem Versuch, die Effizienz seiner Armee durch verschiedene Reformen und durch den Ausbau und die Modernisierung seiner atomaren und Raketenstreitkräfte zu steigern. Die Frage, ob ein neues Wettrüsten zwischen den USA und der Russischen Föderation beginnt, hat vorläufig nur hypothetischen Charakter. Doch sind Ansätze hierzu vorhanden. Bisher ist nicht zu erkennen, dass die Politik Auswege aus diesem Dilemma sucht. Es ist sogar zu bezweifeln, dass die Komplexität der Entwicklungen in all ihren Konsequenzen voll erkannt worden ist.